

Protokoll der Generalversammlung vom 13. Mai 2013

Ort:	Volkshaus, Blauer Saal
Zeit:	19:30-21:45 Uhr
Sitzungsleitung:	Marionna Schlatter
Anwesend:	61 Mitglieder
Gäste:	Mattea Meyer (JUSO)
Protokoll:	Ulla Blume
Entschuldigt:	Esther Herrmann, Pierre-Alain Monot, Martin Geilinger, Thomas Forrer, Martin Graf, Ruth Genner, Bastien Girod, Max Homberger, Kerstin Knebel, Daniel Vischer

1. Begrüssung

Marionna Schlatter begrüsst die Anwesenden.

2. Wahl der StimmzählerInnen

Regula Kaeser-Stöckli und Res Marti werden als StimmzählerInnen gewählt.

3. Traktanden

Die Traktandenliste wird genehmigt.

4. Protokoll der Mitgliederversammlung vom 4. Februar 2013

Das Protokoll wird ohne Korrekturen genehmigt und verdankt.

5. Mitteilungen

a. Partei und Vorstand: Marionna Schlatter

Die Partei ist mit der Vorbereitung der nächste Wahlen beschäftigt, momentan vor allem mit dem Auftritt und neuen Website.

Am 15. Juni führen wir unsere nächste Schulung durch, diesmal zum Thema «Grüne Wirtschaft konkret». Dabei soll im Fokus stehen, wie wir auf kantonaler und kommunaler Ebene aktiv werden können.

Unterschriften sammeln wir derzeit für die eidgenössische AHVplus-Initiative.

b. KR-Fraktion: Esther Guyer

Der Kantonsrat befindet sich zur Zeit in der Übergangszeit von einem Ratspräsidium zum nächsten.

Daneben gab es einiges zu lesen zur Vernehmlassung des Regierungsrats zu Gentech → die war katastrophal, dieses Thema wird uns also weiterhin begleiten.

Im Rat selber wird zur Zeit vor allem am neuen ZKB-Gesetz und am kantonalen Richtplan gearbeitet.

c. NR-Fraktion: –

–

d. Junge Grüne: Anna Stünzi

Anna Stünzi ist gerade als Präsidentin der Jungen Grünen Kanton Zürich zurückgetreten, ihre Nachfolgerin ist Meret Schneider. Meret ist Studentin, 20jährig, wohnt in Uster. Ihr Fokus liegt vor allem auf dem Thema Foodwaste.

Die Jungen Grünen sind derzeit sehr aktiv am Abstimmungskampf zu Asylgesetz und Konkordat: Es gibt Podien, Aktionen, Flyer etc.

Die AG Konsum führt Ende Mai wieder die Fairtrade Modenschau durch und arbeitet an einer Initiatividee zum Thema Foodwaste.

Die AG Gleichstellung formiert sich neu und lanciert die Forderung nach einem Quotenmann beim Blick als Ausgleich zum Blick-Girl.

Esther Guyer: Nicht nur die Jungen Grünen sind gegen das Konkordat, wir sind dabei. Das Konkordat schränkt die Freiheit und die Grundrechte ein! Die BefürworterInnen argumentieren, dass die GegnerInnen für Gewalt sind – aber das stimmt so nicht. In der Öffentlichkeit wird mit schlimmen Bildern gearbeitet – wir müssen uns gegen diese Angstmacherei wehren und zeigen, dass sie falsch ist.

6. Jahresbericht & Rechnung 2012

Marionna Schlatter präsentiert den Jahresbericht und die Rechnung 2012. Insgesamt haben wir gut gewirtschaftet und können Rückstellungen von 130'000.- Franken für den kommenden Wahlzyklus machen.

Maria Rohweder verliest den Revisionsbericht. Die RevisorInnen empfehlen der Mitgliederversammlung die Jahresrechnung 2012 anzunehmen und dem Vorstand Decharge zu erteilen.

Beschluss:

Jahresbericht und Jahresrechnung 2012 werden einstimmig genehmigt.

7. Wahlen

Verabschiedungen

Marionna Schlatter verabschiedet Stefan Kunz (Uster), Alma Redzic (Zürich), Lydia Sidler (Affoltern), Anna Stünzi (Junge Grüne), Margrith Gysel (Dietikon) und Marcus Bosshard (Meilen) aus dem Vorstand und dankt allen für ihre Arbeit, ihr Engagement und das Mittragen wichtiger Entscheide.

Wahl des Präsidiums

Marionna Schlatter stellt sich für eine weitere Amtsperiode als Präsidentin der Grünen Kanton Zürich zur Wahl. Marionna Schlatter wird per Akklamation im Amt bestätigt.

Wahl der Geschäftsleitung

Alle bisherigen Mitglieder der Geschäftsleitung stellen sich für eine weitere Amtsperiode zur Wahl: Marionna Schlatter (ex officio), Esther Guyer (ex officio), Esther Hildebrand (Illnau-Effretikon), Markus Kunz (Zürich), Florian Vogel (Junge Grüne). Die Geschäftsleitung wird per Akklamation im Amt bestätigt.

Wahl der Geschäftsleitung

Die bisherigen Mitglieder des Vorstands: Edith Häusler (Horgen), Erna Straub (Andelfingen), Felix Böni (Bülach), Lukas Oesch (Junge Grüne), Ralf Margreiter (Zürich), Renate Dürr (Winterthur), Reto Diener (Winterthur), Thomas Wüthrich (Uster) stellen sich für eine weitere Amtsperiode zur Verfügung. Neu stellen sich Christoph Hug (Zürich, Vorstand GPS), Meret Schneider (Junge Grüne) und Hans Läubli (Affoltern a.A.) zur Wahl. Der Vorstand wird per Akklamation gewählt.

Marionna Schlatter weist darauf hin, dass im Vorstand möglichst Vertretungen aus allen Bezirken vertreten sein sollen, und Interessierte herzlich willkommen sind.

Wahl der RevisorInnen

Erika Bachmann stellt ihr Amt als Revisorin zur Verfügung. Marionna Schlatter dankt ihr für ihre langjährige Revisionstätigkeit für die Grünen kanton Zürich und Stadt Zürich und überreicht ihr im Namen beider Parteien ein kleines Geschenk.

Maria Rohweder stellt sich für eine weitere Amtsperiode als Revisorin zur Verfügung. Neu stellt sich Rolf Kiechl als Revisor zur Wahl. Maria Rohweder und Rolf Kiechl werden per Akklamation als RevisorInnen gewählt.

8. Abstimmungsparolen 9. Juni 2013 (1)

Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen (kantonale Vorlage)

Input: Luca Maggi (Junge Grüne)

Was ist das Konkordat?

- Das Konkordat entstand aus für die EM 2008 vorübergehend erlassenen Massnahmen im BWIS und trat 2010 in allen Kantonen in Kraft.
- definiert gewalttätiges Verhalten an Sportveranstaltungen, arbeitet mit Rayonverboten, Meldeauflagen und Polizeigewahrsam.

- Das Konkordat soll nun verschärft werden. 2012 wurde es vom Kantonsrat (gegen Willen der Grünen Fraktion) angenommen, daraufhin das Referendum ergriffen. Abstimmung am 9. Juni.

Was wird neu?

- Bewilligungspflicht für jedes Spiel der obersten Schweizer Fussball- und Eishockeyliga.
- Bei Hochrisikospielen kommt das Kombiticket zur Anwendung. Alle Gäste müssen mit vorgeschriebenen Transportmitteln anreisen.
- Die Behörden können neu für alle BesucherInnen von Sportveranstaltungen eine generelle Ausweispflicht einführen.
- Das Alkoholverbot nicht nur im Stadion, sondern auch in einem gewissen Perimeter ausserhalb der Sportstätten. (ausgenommen V.I.P-Loge!)
- Es gibt neue Kompetenzen für private Sicherheitskräfte.
- Rayonverbote können neu schweizweit und bis zu drei Jahren ausgesprochen werden (im Moment bis zu einem Jahr).



Darum sagen wir NEIN!

- Das Konkordat gibt vor, sich gegen eine gewalttätige Minderheit zu richten. Das ist offensichtlich falsch. Anreisevorschriften, ID-Kontrollen oder Alkoholverbote werden alle MatchbesucherInnen und sogar das lokale Gewerbe treffen. Wir wollen keine Kollektivbestrafung, sondern gezielte Problemlösung.
- Eine Verschärfung ist unverhältnismässig: Die Gewalt in Sportstadien ist rückläufig! Jährlich besuchen rund 5 Mio. Personen die Spiele der Super League und NLA. 500 Personen sind als Gewalttäter in der Hooligan-Datenbank abgespeichert. → Wegen 500 sollen nicht 4'900'500 friedliche Fans bestraft werden.
- Das Konkordat verletzt unsere Grundrechte! Diese sind in einem freiheitlichen Land wie der Schweiz besonders wichtig und dürfen nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden (eine Klage beim Bundesgericht ist hängig). Die Grünen müssen sich als gesellschaftsliberale Partei gegen die unverhältnismässige Beschneidung von Grundrechten wehren.
- Die Fankultur ist eine lebendige Jugendkultur. Sie soll nicht durch unnötige Repression zerstört werden. Zudem kommen zahlreiche Jugendliche an Sportanlässen zum ersten Mal mit der Polizei in Kontakt. Durch diese Kollektivstrafen wird dieses Erlebnis deutlich negativ. Es ist nicht förderlich die Fronten zwischen Fans und Polizei zu verhärten. Wir fordern Fanarbeit und Dialog statt blinder Repression!

Die Parole wurde vom Vorstand mit der nötigen Mehrheit gefasst:

Parole: NEIN

9. Abstimmungsparolen 9. Juni 2013 (2)

Kantonale Volksinitiative «Gegen Steuergeschenke für Superreiche; für einen starken Kanton Zürich (Bonzensteuer)»

Input: Ralf Margreiter, Kantonsrat Grüne: «Steuerpolitik im Kanton Zürich und Grüne Positionen»:

Vorbemerkung: Im Ziel der Steuerpolitik sind wir uns einig, im Weg nicht immer.

Spätestens ab Mitte 90er Jahre wurden im Kanton Zürich die Steuern immer gesenkt (Neoliberalismus), das Steuersubstrat ist seither immer weniger geworden. Auch die Abstimmungen zu steuerpolitischen Fragen sind früher nicht in unserem Sinn ausgegangen, z.B. bei der Abschaffung Erbschaftssteuer. Pro Jahr verliert der Kanton so etwa 1 Mrd. Franken, die Verluste der Gemeinden noch nicht eingerechnet. Verantwortlich dafür ist die bürgerliche Mehrheit im Kantonsrat – aber auch das Stimmvolk.

Unterdessen ist die Bevölkerung sensibler gegenüber ungerechtfertigten Privilegien – das zeigen auch die Steuerabstimmungen in letzter Zeit, die wir allesamt gewonnen haben (Grundstückgewinnsteuer, Unternehmenssteuer II, Pauschalsteuer, Halbierung Vermögenssteuer). Der Kanton Zürich ist der wirtschaftsstärkste Kanton und hat viel zu bieten – das ist eine gute Voraussetzung um den Steuerwettbewerb zu stoppen.

Wir sind aber momentan leider überhaupt nicht in einer steuerpolitisch «revolutionären» Phase. Die Abstimmungen in den letzten 4 Jahren sind zwar in unserem Sinn ausgegangen, aber die meisten mit äusserst knappen Ergebnissen. Wir gewinnen bei den Linken und in einer wertkonservativen Mitte, in den Städten und an den konservativen Rändern des Kantons («Hungergürtel»). Unsere Botschaft ist dabei: Schluss mit der Privilegierung von immer weniger Menschen. Wir wollen eine Steuerpolitik der ruhigen Hand, d.h. eine verlässliche Finanzpolitik.

Zum Thema Bonzensteuer: Auf uns kommen in der nächsten Zeit einige steuerpolitische Abstimmungen zu, ausserdem wird der Steuerstreit mit der EU um besondere Besteuerungsformen in den Kantonen zu grossen Steuerausfällen führen. Eine sinnvollere Besteuerung der hohen Vermögen wird durch 2009 von uns mitinitiierte nationale Erbschaftssteuer-Initiative verfolgt – das ist sinnvoller als die Bonzensteuer.

Podium:

Ralf Margreiter, Kantonsrat Grüne

Mattea Meyer, Kantonsrätin SP

Moderation: Florian Vogel (Junge Grüne)

Mattea Meyer: Die Erbschaftssteuer-Initiative ist gut und wichtig, schliesst aber andere Massnahmen für eine höhere Verteilungsgerechtigkeit nicht aus. In der Schweiz gibt es eine frappante Vermögensungleichheit, 1% besitzt so viel wie die 99% anderen. Das führt dazu, dass sich Wenige immer mehr nehmen und dass das Geld nicht mehr in die Wirtschaft zurückfliesst, sondern dass damit spekuliert wird. Die Steuergeschenke der letzten 10 Jahre sind vor allem den Reichsten zugute gekommen und haben die Einnahmen des Kantons geschmälert. Die Folgen waren Sparmassnahmen, vor allem in Bildung und Gesundheit – Wenige profitieren auf Kosten von vielen.

Auf kantonaler Ebene ist die Bonzensteuer-Initiative ein wichtiges Instrument im Kampf um mehr Verteilungsgerechtigkeit. Das ist auch aus ökonomischer Sicht wichtig: Es stärkt die Kaufkraft von allen, generiert mehr Einnahmen für den Staat und damit für Gesundheit, Bildung und ökologischen Umbau. Die Initiative will Vermögen ab 2 Mio. Franken stärker besteuern. Die Änderungen bewegen sich im Promillebereich. Ab 3 Mio. Vermögen führt das zu deutlich mehr Steuereinnahmen: 220 Mio. mehr pro Jahr.

Florian Vogel: Im Grundsatz sind wir uns einig. Warum wurde der reichliche populistische Name «Bonzensteuer» gewählt?

Mattea Meyer: Man kann den Titel kritisieren, aber er sollte provozieren. Dahinter steckt aber ein ernsthaftes Anliegen. Die Reichsten haben in den letzten Jahren immer profitiert, horten immer mehr Geld und gefährden so auch unsere Demokratie. Auch die Reichsten sollen ihren Teil an unsere Gesellschaft beitragen.

Ralf Margreiter: Da hat die Initiative ein Problem: Will sie ein Thema setzen? Steuerpolitik ist ohnehin Thema, Abzocker auch. Oder soll das Thema gewonnen werden? Das ist mit so einem Titel schwierig, da er viele Leute vor den Kopf stösst. Die Initiative hat zudem inhaltliche Schwächen.

Mattea Meyer: Unser politisches Thema ist Verteilungsgerechtigkeit – und das fordern wir ein. Vermögen ist Reichtum ohne Leistung. Wir wollen keine Politik für wenige (Reiche), sondern für alle.

Ralf Margreiter: Wir müssen jetzt über diese Initiative abstimmen. Damit machen wir es dem politischen Gegner leichter, die Bonzensteuer-Initiative gefährdet die Erbschaftssteuer-Initiative. Da sollten wir nicht mitmachen. Wir haben uns eine gute Grundlage im Kanton geschaffen, darauf sollten wir jetzt setzen.

Mattea Meyer: Nicht entweder oder, sondern sowohl Bonzen- als auch Erbschaftssteuer!

Flo Vogel: Die Initiative will die Streichung einer Progressionsstufe: Wäre es nicht sinnvoll, auch bei «steinreich» noch zu differenzieren?

Mattea Meyer: Bis jetzt ist die höchste Progressionsstufe bei 2.9 Mio, neu soll sie schon bei 2 Mio beginnen. Der Steuersatz wird dann leicht angehoben.

Ralf Margreiter: Die Streichung der Progressionsstufe ist nicht matchentscheidend. Wenn schon, hätte man an allen Progressionsstufen etwas machen müssen. Es handelt sich aber keineswegs um eine moderate Erhöhung: Es ist doppelt so viel, und zwar in einem Sprung. Zur Progression: der Steuerbelastungsmonitor (Vergleich Kanton Zürich mit anderen Kantonen) zeigt, dass Zürich sowohl bei Einkommens- aus auch bei Vermögenssteuer «mittelstandsfreundlich» ist. Die Progression steigt lange nur schwach. Bei den Reichen ist die Progression hingegen sehr stark (bis über 2 Millionen, andere Kantone sind viel «reichenfreundlicher» als wir. Nun will die Initiative das noch mal heftig verschärfen, das wirft unter Umständen auch rechtliche Fragen auf. Wir haben jetzt schon eine Progression, die sollten wir nicht gefährden.

Mattea Meyer: Die Initiative wurde für rechtlich gültig erklärt. Die Progressionskurve soll neu ab 2 Mio. stärker ansteigen.

Florian Vogel: Beispiel Genf: Dort wohnen immer noch sehr viele Wohlhabende, es wird aber immer argumentiert, dass die Reichen wegziehen, wenn die Steuern erhöht werden.

Ralf Margreiter: Das ist das Argument der Bürgerlichen. Um zu gewinnen braucht es aber über 50% der Stimmen. Es ist eher unwahrscheinlich, dass die Bonzensteuer das erreicht. Die 50% brauchen wir aber auch wieder bei den nächsten Steuerabstimmungen. Jetzt haben wir sie knapp, und diese Mehrheiten sollten wir nicht mit der unüberlegten

Bonzensteuer-Initiative gefährden. Wir haben als Grüne eine Gesamtverantwortung für die kantonale Steuerpolitik.

Mattea Meyer: Das schliesst sich doch nicht aus. Wir dürfen aber nicht nur defensiv gegen bürgerliche Vorlagen stimmen, sondern müssen auch offensiv Steuerpolitik und Verteilungsgerechtigkeitspolitik betreiben. Das müssen wir gemeinsam tun.

Flo Vogel: Abschlussfrage: Wie seht ihr die kantonale Steuerpolitik in den nächsten Jahren?

Ralf Margreiter: Nicht nur kantonal, sondern im Zusammenhang mit der eidgenössischen Steuerpolitik. Wir können die Erbschaftssteuer gewinnen und das müssen wir anstreben. Es wird viele Verteidigungskämpfe geben, wir werden kleine Schritte machen, aber die können wir gewinnen.

Mattea Meyer: Wir werden weder kantonal noch eidgenössisch Mehrheiten in den Parlamenten finden – aber wir können beim Stimmvolk gewinnen.

Diskussion

Res Marti: Wäre eine zusätzliche Progressionsstufe für die Supersuperreichen nicht sinnvoller? → Mattea Meyer: Das ist keine Vereinheitlichung. Der Plafond soll schon weiter unten anfangen, nicht erst bei 2.9 Mio. Das betrifft knapp 2% der SteuerzahlerInnen im Kanton Zürich.

Röbi Brunner: Am meisten stört der Titel Bonzensteuer. Das kommt wie Sozialneid rüber und das ist nicht gut. Mit 2 Mio. Vermögen gehört man zudem nicht zu den Superreichen.

Andi Lustenberger: Taktisch ungeschickt? Die Jungen wollen mit ihrer Politik etwas verändern, da geht es nicht um Taktik. Es geht um Verteilungsgerechtigkeit. Die «Steuerpolitik der ruhigen Hand» ist wohl kaum so bekannt, wie die Fraktion meint, wir haben andere Kernkompetenzen. Wir haben jetzt die Möglichkeit, aktiv ein Thema zu setzen. Da wäre ein NEIN das komplett falsche Zeichen. Wir müssen das Zeichen setzen: Wir wollen in diese Richtung.

Katharina Prelicz-Huber: Der Titel der Initiative ist vielleicht ungeschickt, aber es geht doch um den Inhalt der Initiative – und da hätte man sogar noch weitergehen können. In den letzten 20 Jahren hat die Umverteilung von unten nach oben massiv zugenommen, das müssen wir stoppen. Es geht um ein kleines bisschen mehr Verteilungsgerechtigkeit, da können wir nicht dagegen sein. Wenn es noch kleine Probleme gibt, kann man die im Gesetzgebungsprozess bereinigen.

Esther Guyer: Schlagwörter helfen uns nicht weiter. Wir wollen eine seriöse Politik mit Strategie und Taktik fahren. Unsere Erfolge haben wir mit dem mühsamen Suchen von Mehrheiten erreicht – so wollen wir auch weitermachen.

Luca Maggi: Taktik ist ein Killer für junge Leute, die etwas verändern wollen. Wir können gewinnen, müssen aber zu unseren Werten stehen.

Christoph Hug: Ralfs Argumente machen Sinn, inhaltlich hat er recht. Die Initiative hat einen schlechten Titel und sie ist auch schlecht. Der Schaden ist aber damit, dass die Initiative zur Abstimmung kommt, schon angerichtet. Deswegen müssen wir jetzt schauen, dass sie wenigstens so gut wie möglich abschneidet.

Alma Redzic: Bis jetzt waren wir mit der «Steuerpolitik der ruhigen Hand erfolgreich». Jetzt sollen wir aus taktischen Gründen nichts mehr fordern? Das heisst nur, dass wir uns vor den Bürgerlichen verbiegen und uns über ab und zu hingeworfene Zückerli freuen. Wir müssen eine Steuerpolitik machen, die in unserem Interesse ist – sonst werden wir nicht ernst genommen.

Balthasar Glättli: Politik ist leider nicht so simpel, dass man an etwas glaubt und es dann gewinnt. Allerdings werden wir unsere Steuerpolitik der ruhigen Hand auch nicht zerstören, wenn wir jetzt einmal ohne die bürgerliche Mitte mit der JUSO stimmen. Die Steuerpolitik der ruhigen Hand ist ein gutes Label. Trotzdem können wir jetzt JA sagen zur JUSO-Initiative.

Meret Schneider: Warum keine revolutionären Forderungen? Wir wollen keine Wischiwaschi-Politik. Zudem ist die Initiative ja nicht mal revolutionär. Wenn wir NEIN sagen, setzen wir ein viel stärkeres politisches Zeichen auf die falsche Seite.

Marcel Bührig: Zu Esther Guyer: Seriöse Politik? Andere Kantone haben die Steuern gesenkt und haben jetzt finanzielle Probleme. Das passiert uns auch, wenn wir so weiter machen, Die Initiative heisst auch «für einen starken Kanton Zürich» – alle sollen sich am Gemeinwohl beteiligen.

Anna Stünzi: Kein Fan der Initiative, weil sie nicht gut ist. Aber: Es geht vor allem um Zeichen. Wir müssen uns wohl für das weniger schlimme Zeichen entscheiden, und das ist wohl doch das JA zur Initiative. Offenbar gibt es bei diesem Thema einen grossen Graben zwischen den Generationen. Den Jungen Grünen liegt die Initiative sehr am Herzen, wir wollen steuerpolitisch vorwärts gehen.

Hans Läubli: Wird NEIN stimmen, man muss die Grüne Steuerpolitik ernst nehmen können. Die WählerInnen schauen genau, was wir machen, wir müssen glaubwürdig bleiben. Wir sollten uns nicht von diesem Verbalradikalismus einnehmen lassen. Strategisch sind wir uns einig, das Instrument dafür ist nicht die Bonzensteuer, sondern die Erbschaftssteuer. Die Bonzensteuer ist nicht mehr als ein Profilierungsinstrument.

Matthias Probst: Die Initiative ist schlecht formuliert, aber wir sind die Grünen. Wir sind eine wachstumskritische Partei, jetzt geht es um die Begrenzung des Wachstums der Vermögensunterschiede. Wir können uns als Grüne nicht auf der NEIN-Seite positionieren.

Florian Vogel: Bittet Mattea Meyer und Ralf Margreiter um ein Schlusswort.

Mattea Meyer: Es geht um die reichsten 2% der Zürcher Bevölkerung, der Rest gewinnt. Es gibt auch Vermögende, die der Gemeinschaft gern etwas zurückgeben. Wir wollen eine gerechtere Verteilung und mehr Geld für Bildung, Gesundheit, Kultur und den ökologischen Umbau.

Ralf Margreiter: Freut sich an der intensiven Diskussion, insbesondere über das Interesse der Jungen Grünen an der Steuerpolitik. Es ist nicht sexy gegen so eine Schwarzweiss-Initiative zu sein. Wir müssen uns aber auch Gedanken über das steuerpolitische Umfeld machen. Unsere so verpönte Taktik hat in letzter Zeit dazu geführt, dass wir weniger Steuerausfälle haben. Unsere Steuerpolitik ist kein Buckeln vor den Bürgerlichen, sondern der Kampf um eine Mehrheit bei der Stimmbevölkerung. Wichtig ist, dass wir die gleichen steuerpolitischen Ziele Haben.

Parole:

Der Vorstand der Grünen Kanton Zürich stellt den Antrag, die NEIN-Parole zu fassen.

Matthias Probst stellt Antrag auf die JA-Parole

Mit 40:18 Stimmen (bei 2 Enthaltungen) wird die JA-Parole beschlossen.

Info: Parolen 9. Juni 2013 (3)

Eidgenössische Abstimmungsvorlagen

a. Volksinitiative «Volkswahl Bundesrat»

Parole:

NEIN-Parole

b. Änderung Asylgesetz

Parole:

NEIN-Parole

10. Varia

Grüne Stadt Zürich

Martin Abele wird Präsident des Zürcher Gemeinderats und damit höchster Zürcher.

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 21:45 Uhr